Protokollauszug der 8. Sitzung des Salzburger Landtages vom 8. Juli 2020:

Dringliche Anfrage der Abg. Klubobfrau Svazek BA und Berger an Landesrätin Mag.^a (FH) Klambauer betreffend die Zukunft der Frauenhäuser (Nr. 159-ANF der Beilagen)

Auch hier wird nicht verlesen und, liebe Frau Landesrätin, ich bitte Dich um Beantwortung der Anfrage. Zehn Minuten!

Landesrätin Mag. ^a (FH) Klambauer: Die erste Frage ist: Haben Sie die Initiative zur Ausschreibung der Salzburger Frauenhäuser mit Ihren Koalitionspartnern ÖVP und Grünen im Vorfeld abgesprochen, ehe Sie diese medial verkündet haben? Ja.

Warum entscheiden in Salzburg Sie bzw. das Frauenreferat als Fördergeber über die Aufnahme in ein Frauenhaus und nicht die jeweiligen Leiterinnen? Für alle Frauen, für die wir in Salzburg zuständig sind, ich habe das heute schon erklärt, das sind natürlich alle Salzburgerinnen, aber auch alle Frauen, die in Salzburg wohnhaft sind oder hier ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort haben, entscheiden die Leiterinnen ohne Rücksprache. Die Freigabe durch mich erfolgt dann, wenn es keine Zuständigkeit des Landes gibt. Die politische Verantwortung sowohl für volle Frauenhäuser als auch für das Budget liegt bei mir und daher auch die Entscheidung, Plätze zu belegen, die nicht im Zuständigkeitsbereich des Landes liegen.

Ich sehe aber auch Salzburg nicht in alleiniger Verantwortung im Bereich des Gewaltschutzes, die Probleme der anderen Bundesländer oder Nachbarländer zu lösen. Wo übernehmen andere Bundesländer Verantwortung, wenn sie sich immer auf die Aussage unsere Frauenhäuser sind voll, soll Salzburg sie nehmen, zurückziehen.

Frage drei: Warum wird für die Aufnahme in ein Salzburger Frauenhaus eine detaillierte schriftliche Sachverhaltsdarstellung benötigt? Also das, was Sie als detaillierte schriftliche Sachverhaltsdarstellung bezeichnen, dafür gibt es überhaupt keine Vorgabe, das enthält auch keine Namen und ist eine Situationsbeschreibung mit einer Gefährdungseinschätzung und diese Sachverhaltsdarstellung wird dann angefordert, wenn es eben keine Zuständigkeit des Landes gibt. Ich halte einen Zettel für nicht übertrieben, wenn damit Leistungen von € 50.000,-- ohne Zuständigkeit erbracht werden. Ich bin hoffentlich nicht die Einzige, die das als selbstverständlich erachtet, aber offensichtlich die Einzige, die dazu steht und das einfordert.

Zur Frage vier: Welche Konsequenzen werden Sie aufgrund einer im Raum stehenden Erpressung seitens Ihrer Referatsleiterin, eine Frau nur gegen positivere Berichterstattung bzw. öffentlicher Aussagen aufzunehmen, ziehen, um solche Praktiken in Salzburg abzustellen? Auch wenn ich beim Telefon nicht dabei war, schließe ich kategorisch aus, dass Frau Rösslhumer von den Autonomen Frauenhäusern in Wien durch eine Mitarbeiterin des Landes Salzburg erpresst wurde. Ich halte es für unfassbar von Ihnen, Frau Abgeordnete

Berger, einer Mitarbeiterin auf Basis von Gerüchten medial und in Aussendungen eine Straftat zu unterstellen. Ich weise die Unterstellungen der Autonomen Frauenhäuser gemeinsam mit der FPÖ aufs Schärfste zurück. Es zeigt jedenfalls eindrucksvoll, wie sich der Stil der FPÖ mit dem der autonomen Vereine gleicht.

Woraus resultiert das Engagement einer externen PR-Agentur usw. usf. Sie ist für unseren Landessprecher schon lange tätig und wurde nicht für ein spezielles Thema engagiert. Um dieses wichtige Thema für heute abzuschließen, möchte ich noch einmal sagen mir ist es wichtig, nicht die Augen zu verschließen und Frauen abzuweisen, sondern Verantwortung zu übernehmen und den Gewaltschutz aktiv zu gestalten. Es ist mein Ziel, dass wir als erstes Bundesland die Vorgaben der Istanbul Konvention tatsächlich erreichen, nämlich mit einer ausreichenden Anzahl an Plätzen in Frauenhäusern und Schutzwohnungen und einer hervorragenden Qualität der Beratung. Es braucht aber auch ein großes Ganzes, nämlich eine Vielzahl an Vereinen, deren Ziel es ist, dass Frauen in Salzburg ein selbstbestimmtes Leben führen können. Die Zusammenarbeit funktioniert hier hervorragend und so blicke ich auch mit Zuversicht auf das was kommt. Danke schön. (Beifall der NEOS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr. in Pallauf: Danke für die Beantwortung. Für die Fragesteller Kollegin Berger. Bitte!

Abg. Berger: Das, was sich in Salzburg abspielt, wenn es um die Zukunft von Frauen und Kindern, die sich in einer Gewaltspirale befinden, so abspielt, passt eigentlich nicht mehr so auf die sprichwörtliche Kuhhaut. Ohne jeglichen fachlichen Austausch wird der Gewaltschutz in Salzburg neu erfunden und die Kriseneinrichtung Frauenhaus wurde wie ein Unternehmen auf den freien Markt geworfen. Wir werden oft gefragt, wie das passieren konnte, wieso ausgerechnet in Salzburg eine so empathie- und herzlose Politik betrieben wird in einem so sensiblen Bereich. Die derzeitige Struktur gewährleistet nämlich nicht nur die Autonomie, sondern im weitesten Sinne die Sicherheit für Frauen und Kinder oder um es mit den Worten des Kripobeamten zu sagen: Echte Sicherheit gibt es nur im Frauenhaus.

Weil Sie, Frau Landesrätin, immer wieder behaupten, noch nie eine Hochrisikofrau abgelehnt zu haben, möchte ich Ihnen heute auch das Gedächtnis auf die Sprünge helfen und diese Hochrisikofamilie aus Tirol erwähnen. Das hat die Kollegin Dollinger bereits gemacht. Ich möchte nur noch hinzufügen da stand einem Ehrenmord seitens der Familie in Tirol im Raum und deshalb wurde sehr eindringlich darum gebeten, diese Familie aufzunehmen und sie wurde abgewiesen, obwohl es in Salzburg fünf freie Zimmer gab.

Apropos freie Zimmer. Wenn in ganz Österreich alle Frauenhäuser krisenbedingt vollbelegt sind und lediglich Salzburg freie Plätze hat, so mutet das mit Verlaub mehr als befremdlich an. Auch wenn Sie nicht verstehen, dass das von uns aus gesehen ein Problem ist.

Der Vergleich, dass Landeshauptmann-Stellvertreter Stöckl vor der SALK steht und über die Patienten entscheidet, hat auch die Kollegin Dollinger schon gesagt. Ich würde auch sagen die Vermischung von Politik und fachlicher Expertise ist da wohl höchst problematisch. Die

Istanbul Konvention, auf die Sie so gerne verweisen, sieht eigentlich geeignete und zugängliche Unterkünfte in ausreichender Zahl vor. In den Erläuterungen steht aber nichts darüber, welche Einschränkungen es gibt auf den bisherigen Wohnsitz, Aufenthaltsstatus usw. Im Übrigen sieht diese Konvention auch keine Ausschreibung vor.

Frau Rösslhuber vorzuwerfen, sie würde die zukünftige Frauenhausarbeit im Pinzgau unnötig schwer machen, ist wohl weit hergeholt, zumal die Pinzgauer Damen mittels Zeitungsartikel vom 25. Juni ihren Unmut über das unsichere Konzept sichtbar und sicher kundgetan haben. Die Aussage unser Expertinnenwissen ist offenbar nicht gefragt, das enttäuscht uns sehr, ist eigentlich selbstredend. Außerdem stimmt es ja, dass Sie selber damit geworben haben, dass man in Saalfelden das neue Frauenhaus, welches ja bekanntlich keines ist, ins Zentrum der Gesellschaft rücken und sichtbar gemacht wird, sodass die Frauen nicht mehr flüchten und sich nicht mehr verstecken müssen, sondern vielmehr die, die Gewalt ausüben, Sanktionen erleben. Das ist so realitätsfern, da finde ich keine Worte.

Sie behaupten immer aufs Neue, dass die Leiterinnen kein Interesse daran hatten, über neue Konzepte zu reden. Wie können Sie das behaupten, wenn Ihnen seitens Frau Thaler-Haag am 1. August 2018 ein Konzept für Frauenhausplätze und zusätzliche Schutzwohnungen per Mail geschickt wurde. In Ihrer letzten PR-Aussendung fragen Sie tatsächlich man hat sich etwa nie gefragt, ob die Förderung wirklich bestmöglich den Gewaltopfern zugutekommt. Frau Landesrätin, wem denn sonst? Was genau möchten Sie damit unterstellen? Weiter: Umso wichtiger ist ein Konzept bei voller Klarheit von Mitteleinsatz bis hin zu den erbrachten Leistungen. Also diese Aussagen zeigen schon, dass man sich mit der Materie vielleicht nicht so auseinandergesetzt hat, wie man könnte.

Das hier ist der Jahresbericht vom Frauenhaus in der Stadt Salzburg von 2019 und das ist der Jahresbericht vom Haus Mirjam von 2019, wo Sie auch noch nie zugegen waren. Was an diesen Seiten hat nicht genügt, um festzustellen, wohin denn der Mitteleinsatz gegangen ist? Immer wieder haben Sie die Kritik geäußert an die Arbeit der Leiterinnen und gleichzeitig haben Sie behauptet, dass diese sich ja bewerben können. Das hat sogar Menschen irritiert, die politisch nicht immer auf dem aktuellsten Stand sind. Sie kritisieren die lange Unterbringsdauer der Frauen in Salzburg und zeigen auch damit Ihr Unverständnis für die prekäre Situation der Frauen und für das Gefährdungspotential, welches Grund für den Grad der Traumatisierung ist und wovon es abhängt, wie bald eine Frau stabil genug ist für ein selbständiges Leben.

Eine Frauenhausleiterin aus Linz sagt viele wissen nicht was in einem Frauenhaus passiert, was es heißt, eine Hochrisikofrau zu sein. Es ist leider offensichtlich, Frau Landesrätin, dass Sie und Frau Brandauer das auch nicht wissen. ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Mayer: Zur Geschäftsordnung!)

Landtagspräsidentin Dr. in Pallauf: Bitte!

Abg. Mag. Mayer: Ich möchte darauf hinweisen, das nach § 32 (8) die Vorträge in freier Rede zu halten sind.

Landtagspräsidentin Dr. in Pallauf: Zur Geschäftsordnungklarstellung. Das steht in unserer Geschäftsordnung drinnen. Es wird auch festgehalten, dass für Regierungsmitglieder diese Passage nicht gilt und dort gelesen werden darf. Die Anmerkung ist geschäftsordnungsgemäß. Bitte, aber setzen wir fort.

Abg. Berger (setzt fort): Tatsache ist, dass Sie seit einigen Monaten die Leiterinnen und ihre Arbeit schwerst diskreditieren. Das, was Ihr Parteikollege Brandstätter im Nationalrat zum Besten gegeben hat, hat wohl dem Fass den Boden ausgeschlagen. Zitat: Wir wollen nicht länger schlechten Leiterinnen gutes Geld nachwerfen. Ihr Parteiobmann hat öffentlich kundgetan, dass man diese verbale Entgleisung belegen kann. Dann bitte her damit.

Ihre vornehme Zurückhaltung, diese Schlammschlacht nicht kommentieren zu wollen, war selbstredend. Haben Sie vielleicht auch Ihrer Partei schon empfohlen, diese Ausschreibung für alle Frauenhäuser in Österreich einzufordern, denn wenn Salzburg nicht mehr zeitgemäß ist, dann ist es ganz Österreich nicht. Die Wertschätzung für eine langjährige Arbeit, gute Arbeit wird mit einer Verunsicherung und mit einer Kündigung auf Raten abgegolten.

Apropos Kündigung. Ihre Aussagen, Sie wären bereit, für das erste Halbjahr 2021 noch zu fördern, ist an Zynismus unübertroffen, denn es dürfte Ihnen doch klar sein, dass es ohne Frauenhaus nicht geht und so dürfen die jetzigen Teams gnädigerweise noch bleiben bis die Gewinner der Ausschreibung loslegen können. Dass dieses große Ganze eine unendliche Verunsicherung verursacht hat, kostet Ihnen nur ein Schulterzucken und Sie stehen sozusagen über den Dingen und haben dabei leider übersehen, dass es um Frauen und Kinder geht. (Beifall der SPÖ- und FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr. in Pallauf: Ich habe noch eine Wortmeldung von der Frau Kollegin Svazek.

Klubobfrau Abg. Svazek BA: Danke Frau Präsidentin. Kurz zu den Antworten von der Frau Landesrätin Klambauer. Also zunächst einmal diese doch ein bisschen überheblich vorgetragene Antwort, wer sind wir denn, dass wir uns um die Probleme anderer Bundesländer kümmern und wenn eine Frau aus einem anderen Bundesland kommt, wie kommt denn Salzburg dazu, die aufzunehmen. Ich glaube es sind schon nach wie vor alles Frauen, egal ob aus Tirol oder aus Salzburg, die Hilfe brauchen, und wenn Salzburg freie Plätze hat, dann hat Salzburg diese freien Plätze auch zur Verfügung zu stellen, auch für Tirolerinnen.

Ich glaube, wenn wir schon den Vergleich mit der SALK strapazieren, der Herr Landesrat Stöckl hat auch nie gezögert, wenn es darum ging, Corona-Patienten aus anderen Bundesländern in Salzburg aufzunehmen, weil wir die Kapazitäten noch hatten, diese auch aufzunehmen. Das bei den Frauenhäusern zu sagen, wo es auch um Leben und Tod geht, genauso wie bei dieser Krankheit, das finde ich schwer daneben.

Lieber Wolfgang Mayer! Also jetzt diskutieren wir da heute am Nachmittag im Ausschuss aufgrund qualifizierter Aussagen Ihres Kollegen Heilig-Hofbauer, diese Aussage ist ihm um nichts nachgestanden was er da angezettelt hat, die war sogar noch tiefer. Wir werden das jetzt auch künftig, dann ist das halt jetzt zur Geschäftsordnung, wir werden das jetzt auch künftig bei jeder Fraktion werden wir das jetzt auch künftig kontrollieren und uns immer melden, wenn irgendjemand da heraussen steht und vom Zettel runterliest. Jede Fraktion wird da drankommen, weil in jeder Fraktion gibt es so jemanden, und das ist nicht in Ordnung, jemandem so etwas vorzuwerfen, das ist persönlich und nicht ok.

Landtagspräsidentin Dr. in Pallauf: Die Sitzungsführung liegt noch immer bei mir und ich möchte jetzt festhalten. Ich habe festgestellt, dass der Einwurf richtig war, aber ich habe die Rednerin fortfahren lassen. Dass mit dem Herunterlesen, da wissen wir, dass manchmal nicht jeder ganz frei spricht, aber ich glaube es ist nicht notwendig, dass wir das jetzt in dieser Form und Weise diskutieren. Die Geschäftsordnung, Du hast recht, lieber Wolfgang, es stimmt so, aber ich führe die Sitzung und habe fortfahren lassen. Die Frau Kollegin Berger hat es gehört, dass sie gegen die Geschäftsordnung abgelesen hat, aber ich glaube, dass wir heute bei der letzten Sitzung nicht etwas einreißen lassen sollen, ...

(Zwischenruf Klubobfrau Abg. Svazek BA: Der Herr Kollege hat begonnen. Ich habe nur reagiert.)

... Ich habe allgemein in diesem Haus gesprochen. Es ist meine Sitzungsführung. Den Geschäftsordnungsverstoß haben alle wahrgenommen, auch die Kollegin Berger, der Einwand war korrekt. Wie wir das leben ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Mayer: Das ist ein strafrechtlich relevanter Vorwurf gegen ...)

... Lieber Wolfgang Mayer, wir haben allgemeines Rederecht. Wenn Du Dich zu Wort meldest, darf ich auch Dich herausbitten zum Rednerpult. Diese Zwischenrufe will ich hier nicht haben. Bitte jeder kann sich zu Wort melden. Die Frau Landesrätin meldet sich noch einmal. Bitte! ...

(Zwischenruf Klubobfrau Abg. Svazek BA: Frau Präsidentin, zur Geschäftsordnung! Wir haben das Schlusswort oder die Opposition?)

... Die ganze Anfrage dauert 45 Minuten, es gibt keine Anzahl der Redemeldungen. Das Schlusswort steht bei den Fragestellern. Wenn die Frau Landesrätin jetzt noch einmal spricht, habt ihr noch einmal eine Möglichkeit, ein Schlusswort zu nehmen. Es war noch nicht Euer Schlusswort. Bitte Frau Landesrätin!

Landesrätin Mag. ^a (FH) Klambauer: Es war mir schon wichtig, da auch zu korrigieren, Frau Klubobfrau Svazek, dass ich gesagt habe ich sehe die alleinige Verantwortung nicht beim Bundesland Salzburg und die ausschließlich im Hinblick auf die Frauen, die von Gewalt betroffen oder bedroht sind, denn ich habe diese Woche wieder mit den Expertinnen vom

Frauenhaus gesprochen und wir alle rechnen damit, dass die Fallzahlen steigen werden, dass wir die Plätze brauchen werden und da geht es mir darum, dass ich die Frauen nicht abweise und sage ok bei uns ist kein Platz, schauts was tuts, sondern dass ich sagen kann Frauen, die von Gewalt betroffen und bedroht sind, werde ich auch einen Platz im Frauenhaus sicherstellen. Darum ist mir das wichtig, dass das auch so zitiert wird, wie ich es sage. Danke sehr.

Landtagspräsidentin Dr. in Pallauf: Weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine weitere Wortmeldung mehr. Damit haben wir die zweite dringliche Anfrage erledigt und abgearbeitet und wir kommen nunmehr zum